

Für die letzten Fragen bleiben religiöse Antworten relevant

Eine Religionsgemeinschaft soll keine zusätzliche politische Kraft sein, sondern eine metapolitische Grösse, die den Himmel offenhält und dem Menschen eine transzendente Perspektive bietet. Gastkommentar von Martin Grichting

Die CVP hat den Marsch vom Christlichen in die Mitte angetreten. Dieser Verzicht auf das C im Namen ist zu begrüßen. Denn seit der Unterstützung der «Fristenlösung» und der «Ehe für alle» durch massgebliche Kräfte der CVP ist der Bezug zum Christentum unglaubwürdig geworden. Zudem sind aus der Sicht der katholischen Kirche Parteien, die als verlängerter Arm der Kirchenleitung wahrgenommen werden können, seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1965) nicht länger erwünscht. In allen Parteien, die den Rechtsstaat respektieren, sollen sich Christen einbringen. Denn auch Parteien, die kein C vor sich hertragen, verwirklichen Grundüberzeugungen des Christentums: Die Freiheit eines jeden Menschen und seines Gewissens ist auf christlichem Boden gewachsen.

Man kann sie mehr im Individuellen angesiedelt sehen (FDP) oder in der Betonung der Nation als Garant für ihre tatsächliche Verwirklichung (SVP). Solidarität mit den Schwächeren und ihre rechtsstaatliche Ordnung ist eine Fortschreibung christlicher Caritas (SP). Und die Bewahrung der Schöpfung ist ein Gedanke, der sich jüdisch-christlicher Tradition verdankt: Die Natur ist nicht Verfügungsmasse, sondern stellt einen Wert in sich dar, weil sie «sehr gut» ist, wie es am Anfang der Bibel heisst (Grüne, GLP).

Man kann für diese Sichtweise Carl Schmitts These heranziehen, alle prägnanten Begriffe der politischen Staatslehre seien säkularisierte theologische Begriffe. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die christlichen Grundsätze, von denen die meisten Parteien und Moralvorstellungen heute zehren, Bestand haben werden. Wenn der christliche Glaube, der die Ideen von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Bewahrung der Schöpfung gross gemacht hat, ausgebrannt ist und – der ersten Stufe einer Mondrakete ähnlich – abgekoppelt in den Weiten des Weltalls verschwindet: Fliegen diese Ideen dann allein weiter, oder stürzen sie ab? Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts scheinen darauf hinzudeuten,

dass sie ohne christlichen Treibstoff die Flughöhe nicht halten können und zu Individualismus, Nationalismus sowie Kollektivismus degenerieren. Und wenn Froschlaich inzwischen mehr rechtlichen Schutz als menschliche Embryonen genießt, ist auch hier die Umlaufbahn verlassen worden.

Zu bedenken ist zudem: Die zeitgenössischen Hüter säkularisierter Christlichkeiten, die so tun, als seien die Menschenrechte für immer abgesichert, befinden sich in einem globalen Wettbewerb mit Mächten, die diese Grundrechte keineswegs als universal betrachten. In China, das auf der Basis eines Gebräus aus östlicher Religion, marxis-

tischer Gesellschaftskontrolle und marktwirtschaftlichen Versatzstücken global nach vorne drängt, stehen Grundrechte nicht hoch im Kurs. Und in der islamischen Welt sind sie den Aussagen eines 1400 Jahre alten Buches und daraus fliessender religiöser Überlieferungen nachgeordnet und damit in ihrem Wesen verändert. Vermögen gegen solche Narrative abstrakte «Werte», deren Quelle inzwischen vertrocknet zu sein scheint, Bestand zu haben?

Wie auch immer: In der westlichen Welt müssen Religionsgemeinschaften damit leben, dass sie zusehends ausgeklint werden und als Bundesgenossen überflüssig werden. In dieser Situation pflegen

sie gewöhnlich, das Böckenförde-Diktum anzuführen, wonach der freiheitliche und säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht zu garantieren vermag. Es wird für die Religionsgemeinschaften aber nicht ausreichend sein, sich mit diesem bis zum Überdross strapazierten Sinnspruch zu trösten. Vielmehr muss man ihn im Kontext lesen. Denn Böckenförde hat auch gesagt, wie Religionsgemeinschaften ihre Funktion für Staat und Gesellschaft wahrnehmen sollten: nicht im Sinne einer «religion civile», auch nicht durch eine «sie selbst funktionalisierende Anpassungsstrategie», sondern indem sie «unverkürzt» ihre Sendung erfüllen. Das bedeutet: Eine Religionsgemeinschaft ist keine zusätzliche politische Kraft, sondern eine metapolitische Grösse, die den Himmel offenhält, die dem Menschen über das alltägliche Funktionieren hinaus eine transzendente Perspektive bietet.

Dies verlangt politische Selbstbescheidung – vor allem des kirchlichen Leitungspersonals – und die Anerkennung der Tatsache, dass es eine säkulare Wirklichkeit gibt, die nicht von Religionsgemeinschaften geordnet, sondern von Bürgerinnen und Bürgern regiert wird, deren Gewissen religiös geprägt ist. Und es verlangt den Mut, auf dem Areopag der Meinungen zur eigenen unverkürzten Botschaft zu stehen. 2000 Jahre Christentum haben nicht nur Schattenseiten hervorgebracht. Sie sind ein Hinweis darauf, dass sich die letzten Fragen des Menschen nicht erledigen lassen und dass die religiösen Antworten darauf für das Diesseits relevant sind, gemäss dem Wort von Alexis de Tocqueville: «Jede Religion wird von einer ihr verwandten politischen Meinung begleitet.» Auf diesen Dienst werden Gesellschaften, die Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Bewahrung der Schöpfung hochhalten, nicht verzichten können, auch wenn sie das derzeit glauben mögen.

Martin Grichting ist Generalvikar des Bistums Chur.